

A stylized world map composed of a grid of dots in various shades of gray, with several dots highlighted in red. The map is centered behind the title text.

Der Rücktritt der Regierung Kan und die Zukunft der Atomkraft in Japan

SVEN SAALER
August 2011

- Am 26. August 2011 trat der japanische Premierminister Naoto Kan als Parteivorsitzender der DPJ zurück. Vier Tage später folgte sein offizieller Rücktritt als Regierungschef sowie die Wahl seines Nachfolgers, des bisherigen Finanzministers Yoshihiko Noda.
- Von Beginn an war die Regierung Kan in ihren Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt, da die Opposition das Oberhaus kontrollierte und die Regierung kontinuierlich unter Druck setzte, indem sie die Kooperation verweigerte. Dies sowie die Intrigen in der eigenen Partei führten dazu, dass die Regierung in der Bevölkerung als »untätig« angesehen wurde und ihre Popularitätswerte rapide absanken.
- Seit der dreifachen Katastrophe im März 2011 war zunächst Krisenmanagement oberste Priorität, wodurch lang aufgeschobene Reformen weiterhin nicht angegangen werden konnten.
- Kan hat dennoch erfolgreich einen Wechsel in der Energiepolitik eingeleitet und einen ersten Schritt in Richtung einer geringeren Abhängigkeit Japans von der Atomkraft gemacht.
- Meinungsumfragen bestätigen Kan in seinem energiepolitischen Kurs: Die japanische Bevölkerung befürwortet mehrheitlich einen graduellen Ausstieg aus der Atomenergie. Kans Nachfolger, Yoshihiko Noda, wird sich nicht zuletzt daran messen lassen müssen, ob er diesen Kurs fortführt oder aber den Forderungen von Atomlobby und Industrie entgegenkommt, vermeintlich »billigen« Atomstrom weiterhin zu fördern.



Regierungswechsel auf Raten

Japan ist erschüttert: nicht nur durch die immer noch anhaltenden Nachbeben der Katastrophe vom 11. März 2011, sondern vor allem angesichts der Unfähigkeit der Politik, die Krise in den Griff zu bekommen, die durch das Erdbeben der Stärke 9, den Tsunami und den Reaktorunfall in Fukushima ausgelöst worden und durch die fehlende Bereitschaft gekennzeichnet war, die Bewältigung der Krise hinter parteistrategische und persönliche Ambitionen zurückzustellen. Der Rücktritt von Premierminister Naoto Kan stellt nur ein weiteres Kapitel in einem monatelangen Ringen dar: einzelne Politiker versuchten, die aktuelle Krisensituation auszunutzen, um ihre Machtposition zu stärken; verschiedene Gruppen in der Regierungspartei strengten sich an, den Premierminister zum Rücktritt zu zwingen und selbst an die Regierung zu kommen; die Opposition bemühte sich, ihre Ausgangsposition für die nächsten Wahlen zu festigen. So wurde erst am 24. Juni 2011, mehr als drei Monate nach der Dreifachkatastrophe ein »Gesetz zum Wiederaufbau der vom Großen Erdbeben in Ostjapan zerstörten Gebiete« im Parlament verabschiedet. Die Politikverdrossenheit ist daher stärker denn je. Seit den Katastrophen vom 11. März sieht man in Japan überall Poster und Aufkleber mit dem Slogan »Japan – halte zusammen!«. Die Politik jedoch scheint hiervon jedoch nicht viel zu halten.¹

Höhepunkt der politischen Intrigen gegen Premierminister Kan war das Einbringen eines Misstrauensvotums gegen die Regierung Kan Anfang Juni. Einen Monat nach den Katastrophen im März hatte so etwas wie »Burgfrieden« geherrscht, doch bereits Anfang April wurden bereits wieder andere Töne angeschlagen. Die oppositionelle Liberaldemokratische Partei (LDP), die im Oberhaus mehr Sitze hat als die Demokratische Partei Japans (DPJ), drohte, die Gesetzgebung im Oberhaus zu blockieren, wenn ihre Forderungen nicht ausreichend Berücksichtigung fänden. Ende Mai und Anfang Juni fanden sich LDP und Kritiker von Kan in der regierenden DPJ zusammen, um den Premier zum Rücktritt zu zwingen. Der frühere Premierminister Yukio Hatoyama schaltete sich als Vermittler ein und verhinderte in letzter Minute, dass eine größere Zahl von DPJ-Abgeordneten für die Absetzung

von Kan stimmte. Im Gegenzug, so wurde berichtet, soll Kan ihm zugesichert haben, »in Bälde« zurückzutreten, wenn eine »gewisse Beruhigung« der Lage eingetreten sei. Seitdem wurde diskutiert, was »eine gewisse Beruhigung« bedeuten solle. Kan nannte später die Verabschiedung dreier Gesetze als Bedingung: (1) eines Nachtragshaushaltes für das Fiskaljahr 2011, mit dem finanzielle Mittel für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden sollten; (2) eines Gesetzes, das es der Regierung erlauben würde, mehr als 40 Prozent des diesjährigen Haushalts durch neue Staatsanleihen decken zu können; (3) eines Gesetzes zur Förderung erneuerbarer Energien. Nach der Verabschiedung dieser Gesetze im Juli und August erklärte Kan am 26. August 2011 seinen Rücktritt.

Atomausstieg auf Raten

Die Tatsache, dass das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien, welches auch einen umfassenderen *feed-in tariff* (FIT) festlegt, als letztes dieser drei Gesetze erst am 26. August vom Oberhaus verabschiedet wurde, war kein Zufall. Der Reaktorunfall von Fukushima brachte die japanische Energie- und Atomlobby in äußerste Bedrängnis. Anders als in Deutschland war in Japan bis zum 11. März 2011 nie von einem Atomausstieg die Rede, vielmehr war ein Ausbau der Atomkraft von einem Anteil von ca. 30 Prozent der Stromversorgung auf bis über 50 Prozent im Jahr 2030 geplant. Japan verfügt derzeit über 52 Reaktoren, die von zehn regionalen Energieversorgern mit Monopolstellung in ihrem jeweiligen Einzugsbereich betrieben werden. 18 neue Reaktoren sollten bis 2030 gebaut werden.

Im Frühjahr 2011 hatte die Regierung Kan jedoch damit begonnen, eine Energiewende einzuleiten und zumindest eine Reduzierung der Abhängigkeit Japans von der Atomkraft in Angriff zu nehmen. Am 6. Mai forderte Kan den Stromversorger Chubu Electric Power Co. (CEPCO) auf, das Atomkraftwerk Hamaoka abzuschalten, welches auf einer Erdbebenspalte liegt, für Tsunami *noch* anfälliger ist als das AKW Fukushima und als das »gefährlichste AKW Japans« gilt.² Ebenso wie in Deutschland hat die japanische Regierung nicht die Befugnis,

1. Eine ganze Reihe wichtiger Themen im Zusammenhang mit der Krise in Japan behandelt folgendes E-Book (erhältlich für eine Spende in Höhe von 4,99 US Dollar, die an die japanischen Katastrophenregionen geht): Jeff Kingston (ed.): *Tsunami. Japan's Post-Fukushima Future* (Foreign Policy, 2011). Informationen unter: http://blog.foreignpolicy.com/posts/2011/06/30/introducing_fps_new_ebook_tsunami.

2. Ishibashi, Katsuhiko: »Genpatsu Shinsai« (Atomkraftwerk-Diaster), in *Kagaku* (Science), No. 10 (1997), S. 720–24. Kurzversion in Englisch: Ishibashi, Katsuhiko: »Genpatsu-Shinsai: Catastrophic Multiple Disaster of Earthquake and Quake-induced Nuclear Accident Anticipated in the Japanese Islands«. http://historical.seismology.jp/ishibashi/opinion/0307IUGG_Genpatsu_Abstract.pdf.



eine Stilllegung anzuordnen (*Japan Times*, 8.5.2011: 2). CEPCO folgte aufgrund der angespannten Situation dennoch der Aufforderung. Über die Gefahren, die von Hamaoka wie auch von anderen AKWs ausgehen, war bereits viel geschrieben worden. Der Seismologe Katsuhiko Ishibashi hatte beispielsweise in verschiedenen Aufsätzen seit den 1990er Jahren auf die Gefahren, die speziell von Hamaoka ausgehen, hingewiesen, und in Katastrophenszenarien fast bis ins Detail genau das beschrieben, was im März 2011 tragischerweise in Fukushima passieren sollte.³ Auch bezüglich der AKWs im Nordosten waren schon seit den 1990er Jahren Hinweise auf unzureichende Sicherheitsmaßnahmen bekannt geworden. 1997 hatte die Kommunistische Partei Japans (KPJ) in einer Fragestunde im Parlament die Überprüfung der Sicherheitsstandards von Fukushima und anderen AKWs gefordert, die nur gegen ca. acht Meter hohe Tsunami gesichert waren.⁴ Die KPJ berief sich auf neue Studien von Seismologen, Geologen, Archäologen und Historikern, die gezeigt hatten, dass es in Fukushima und an der Nordostküste Japans in der Vergangenheit immer wieder deutlich höhere Tsunami gegeben hatte.⁵ Die Wissenschaftler warnten z.B. im Jahr 1991 vor der Gefahr von Mega-Erdbeben und nachfolgenden Tsunami im Nordosten Japans. Sie errechneten einen Zyklus von 1 000 Jahren für Mega-Beben und eine größere Anzahl mittelschwerer Beben in kürzeren Rhythmen. 1991 war nach den Berechnungen das nächste Mega-Beben überfällig, da das letzte auf das Jahr 869 zu datieren war. All dies war zum Zeitpunkt des Baus von Fukushima nicht bekannt gewesen. Die von der KPJ geforderte Prüfung blieb jedoch aus. Die Tageszeitung *Asahi Shinbun* berichtete – gestützt auf Quellen aus der Tokyo Electric Power Company (TEPCO), der Betreiberin von Fukushima und anderen AKWs, dass die erforderlichen Finanzmittel einerseits als zu hoch erachtet worden waren sowie andererseits das Risiko eines Mega-Bebens und eines Tsunami über acht Meter in den nächsten Jahrzehnten als gering eingeschätzt worden war (*Asahi Shinbun*, 16.4.2011: 3). Interessant ist jedoch, dass ein Mitarbeiter von TEPCO auf einem internationalen Symposium im Jahre 2006 vortrug,

3. Ibid.

4. Siehe die Webseite der KPJ: http://www.jcp.or.jp/akahata/aik4/2006-03-02/2006030201_01_0.html.

5. Minoura, K. und Nakaya, S.: »Traces of tsunami preserved in intertidal lacustrine and marsh deposits: some examples from northeast Japan«, *Japanese Geology*, 99 (1991), S. 265–287. Minoura, K. et al.: »The 869 Jogan tsunami deposit and recurrence interval of large-scale tsunami on the Pacific coast of northeast Japan«, *Journal of Natural Disaster Science*, 23 (2001), S. 83–88.

er gehe mit einer Wahrscheinlichkeit von zehn Prozent davon aus, dass ein Tsunami, der die Sicherheitsvorkehrungen des AKW Fukushima I (8,5 Meter) übertreffe, in den nächsten 50 Jahren kommen werde (*Asahi Shinbun*, 24.4.2011: 3).⁶ Trotz alledem wurden keine Nachbesserungen an den Sicherheitsvorkehrungen in Fukushima oder anderen AKWs vorgenommen. Die Seismologen hatten nicht die Lobby (und größtenteils auch nicht den Wunsch), um die Ergebnisse ihrer Forschung publik zu machen. Die Ergebnisse der Risikoforscher passten besser in das Konzept von TEPCO. Seit dem 11. März ist es still um sie geworden. Höchste Aufmerksamkeit dagegen erhält nun Yotaro Hatamura, der Gründer der »Wissenschaft vom Scheitern« (*shippaigaku*).

Premierminister Kan erklärte am 11. Mai 2011, die japanische Energiepolitik müsse noch einmal komplett neu diskutiert werden. Erst im Juni 2010 hatte die Regierung Hatoyama den Ausbau der Atomkraft beschlossen, um ihren internationalen Verpflichtungen zur Reduzierung der japanischen CO₂-Emissionen nachkommen zu können. Premierminister Hatoyama hatte eine Reduzierung der Treibhausgase um 25 Prozent bis zum Jahr 2020 (im Vergleich zu 1990) angepeilt. Dieses Ziel ist nun erst einmal wieder in weite Ferne gerückt und wurde inzwischen auch offiziell außer Kraft gesetzt.

Am 6. Juli 2011 verkündete Premierminister Kan, vor einem Neustart vorübergehend abgeschalteter AKWs Stresstests durchführen zu lassen. Dutzende von AKWs waren bereits im April aufgrund turnusmäßiger Sicherheitsüberprüfungen vorübergehend stillgelegt, weitere sind seitdem nach und nach abgeschaltet worden. Fast nirgendwo jedoch erteilen Gemeinden oder Präfekturen die Genehmigung zur Wiederinbetriebnahme. Die Betreiber, lokale Behörden und sogar der Wirtschaftsminister mokierten sich über die Sprunghaftigkeit von Kan, war doch von Stresstests bis dato keinerlei Rede gewesen. Die Ankündigung Kans zeigte jedoch, dass die Wiederinbetriebnahme von AKWs in immer weitere Ferne rückt. Inzwischen sind bis auf wenige Ausnahmen alle japanischen AKWs abgeschaltet. Interessanterweise blieben

6. Bereits 1981/82 hatte TEPCO von der amerikanischen Nuclear Regulatory Commission einen Bericht erhalten, in dem auf das potenzielle Szenario, das im März 2011 in Fukushima Realität wurde, hingewiesen wurde. Die japanischen Behörden nahmen die Gefahr nicht weiter ernst (*Asahi Shinbun*: 31.3.2011: 3). In den USA hatte schon 1972 Stephen Hanauer von der Atomic Energy Commission auf mögliche Probleme mit dem Reaktor des Fukkushima-Typs hingewiesen (*International Herald Tribune*, 17.3.2011).



jedoch die von den Versorgern angekündigten Blackouts bislang aus. Sollten die abgeschalteten Reaktoren nicht wieder in Betrieb genommen werden, so wird im März 2012 kein einziger Reaktor mehr am Netz sein.⁷

Premierminister Kan sprach am 29. Juli 2011 zum ersten Mal von einer »Reduzierung« der Atomkraft, was bis dato kaum ein Politiker gewagt hatte. Selbst Kan, dessen Tage aufgrund seiner Ankündigung eines »baldigen« Rücktritts bereits gezählt waren, vermied den Begriff »Ausstieg« (*datsu-genpatsu*), der immer häufiger bei den Demonstrationen auf den Straßen zu hören war. Kan betonte die Notwendigkeit einer Stärkung der erneuerbaren Energien und visierte deren Ausbau auf einen Anteil von 20 Prozent an der Stromversorgung an. Derzeit liegt der Anteil bei insgesamt acht Prozent; sechs Prozent der Versorgung sind hydroelektrische Energie aus Staudammanlagen, deren Potential als erschöpft gilt.

Hinter den Kulissen arbeitete die Atomlobby während der ganzen Zeit an Kans Absetzung, unterstützt von Teilen der LDP sowie von Kans innerparteilichen Rivalen. Immer wieder sprach sich der Präsident des Unternehmerverbandes Keidanren (Japan Business Federation), Hiromasa Yonekura, gegen die Politik Kans aus. Der LDP-Politiker Nobuteru Ishihara kritisierte die deutsche Entscheidung, aus der Atomkraft auszusteigen und betonte, dass diese lediglich dazu führe, dass Deutschland Atomstrom aus seinen Nachbarländern importiere – eine auch in den konservativen Zeitungen *Yomiuri* und *Sankei* immer wieder zu lesende Fehleinschätzung. Das Ergebnis der Volksabstimmung in Italien bezeichnete Ishihara als »kollektive Hysterie«. »In Japan«, so Ishihara, sei ein Ausstieg »nicht so einfach möglich«. Hätte der erste Teil der Äußerung leicht zu diplomatischen Komplikationen führen können,⁸ so warf der zweite Teil – ohne dass das Ishihara offenbar selbst auffiel – kein besonders gutes Licht auf die technologischen Möglichkeiten oder die Ambitionen Japans.

7. Inzwischen wurde am 17.8.2011 ein Reaktor auf der nördlichen Insel Hokkaido wieder in Betrieb genommen.

8. Japan selbst ist – häufig zu Recht – äußerst empfindlich, wenn Politiker oder Medien in anderen Ländern »Japan« oder »die Japaner« unangemessen darstellen. Ishihara ist auf der anderen Seite jedoch kein Einzelfall. Besonders bekannt für »Entgleisungen« ist sein Vater Shintaro Ishihara, Gouverneur der Präfektur Tokyo. Er bezeichnete einmal »die Franzosen« des Zählens unfähig, weil »sie statt achtzig vier mal zwanzig sagen«. Die Katastrophen vom 11. März 2011 bezeichnete der ältere Ishihara als »Strafe des Himmels« (sic!), die Ergebnis »des Egoismus der Japaner« sei.

Kans Politik fand natürlich auch Zustimmung. In seiner eigenen Partei haben sich bisher nur wenige Abgeordnete oder Minister mit Äußerungen bezüglich eines Atomausstiegs hervorgetan. Der Wirtschaftsminister des Kabinetts Kan, Banri Kaieda, dessen Ministerium eng mit dem Unternehmerverband verknüpft ist, fand sich in einer besonders delikaten Situation: Er stand wochenlang zwischen allen Fronten und schien zeitweise einem Nervenzusammenbruch nahe, z.B. brach er inmitten einer Parlamentsdiskussion in Tränen aus. Ein bisher wenig bekannter, junger und dynamischer Politiker, Goshi Hosono, wurde im Juni zum »Minister für Verbraucher und Lebensmittelsicherheit, Stromsparen und Reaktorunfall (sic!)« ernannt, nachdem er bereits mehrere Monate als Sonderbeauftragter Kans »in Sachen Fukushima« agiert und sich in Politik und Bevölkerung großes Ansehen erworben hatte. Während Hosono jedoch aufgrund seines Amtes eine gewisse formale Neutralität wahren musste, fanden sich die vehementesten Verfechter eines Atomausstiegs in der LDP und in der Sozialdemokratischen Partei Japans (SDPJ). Die SDPJ hatte als einzige Partei einen Ausstieg bereits vor Fukushima auf ihre Fahnen geschrieben. Besonders aktiv in den Reihen der SDPJ ist die Unterhausabgeordnete Tomoko Abe, die eine der Gründerinnen der überparteilichen Initiative Energy Shift Japan ist.⁹ Dieser Initiative gehören Politiker aller Parteien, Vertreter von NGOs sowie diverse Prominente an, darunter auch der Musiker Ryuichi Sakamoto, bekannt als Oskar-Preisträger für seine Musik zum Film »Der Letzte Kaiser«. Aus den Reihen der LDP trat vor allem der Unterhausabgeordnete Taro Kono in den Vordergrund,¹⁰ der unmissverständlich für einen schnellen Atomausstieg plädierte und dies bei seiner Kandidatur zum Vorsitzenden der LDP zu einem seiner zentralen Themen machen will. »Der Mythos der hundertprozentigen Sicherheit« japanischer AKWs, so Kono, war »von vornherein ein Märchen« (*Asahi Shinbun*, 5.5.2011: 4).

»Sichere« Energieversorgung

Auch in Japans Wirtschaft ist inzwischen eine Diskussion über die Zukunft der Atomkraft entbrannt. Der Verband Keidanren beharrt zwar weiter darauf, dass Atomstrom nicht ersetzbar sei, scheint aber an Ansehen und Einfluss zu verlieren. Es kommen erste Zweifel auf, inwieweit die

9. <http://sustena.org/eneshif/>

10. <http://www.taro.org/gomame/>



Meinung von Keidanren ernst genommen werden kann: der Verband ist dominiert von den Stromversorgern, affilierten Unternehmen, sowie Unternehmen, die von »sicherer« – und vor allem billiger – Stromversorgung abhängig sind. Fukushima hat gezeigt, dass »sichere« Energieversorgung für TEPCO und die Industrie stets nur eine »stabile« – und möglichst billige – bedeutet, während *Sicherheitskriterien* auf die leichte Schulter genommen oder hinter Wirtschaftlichkeitserwägungen zurückgestellt werden.

Jüngere Unternehmer prangern dieses engstirnige Denken immer häufiger an und fordern ein Umdenken, gerade vor dem Hintergrund der noch immer prekären Lage in Fukushima. Hiroshi Mikitani, Gründer und CEO des E-Commerce-Unternehmens Rakuten Inc., verließ aus Protest gegen die Haltung von Keidanren zur Atomkraft den Unternehmerverband. Noch mehr ins Rampenlicht trat der CEO des Mobilfunkunternehmens SoftBank und von Yahoo! Japan, Masayoshi Son. Son gehört zur koreanischen Minderheit in Japan und wurde von den traditionellen Unternehmern immer als Außenseiter angesehen. Dennoch verbuchte er als risikofreudiger Unternehmer erstaunliche Erfolge und konnte immerhin – vor allem durch die Einführung von MS Windows auf dem japanischen Computermarkt sowie später dem Aufbau eines Mobilfunkunternehmens, das inzwischen die alleinigen Rechte zum Vertrieb des iPhones und des iPads in Japan hat – zum reichsten Mann Japans werden.¹¹ Nach Fukushima kritisierte Son lautstark die verkrusteten Strukturen in der japanischen Wirtschaft und kündigte an, seine Unternehmen durch den Bau von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien in ihrer Versorgung unabhängig zu machen. Langfristig will Son einen eigenen Energieerzeuger schaffen, der sich auf die Produktion von Ökostrom konzentrieren soll. Zur Förderung konkreter Initiativen stellte Son zehn Milliarden Yen aus seinem Privatvermögen bereit, um lokale Körperschaften beim Ausbau von erneuerbaren Energien zu unterstützen. Inzwischen haben fast 30 Präfekturen verlauten lassen, mit Son kooperieren zu wollen, und auch eine Reihe von Politikern der Regierungspartei DPJ soll Son von der Realisierbarkeit seiner Pläne überzeugt haben.¹²

11. http://www.forbes.com/lists/2006/73/Rank_1.html

12. »Managerlegende wirbt für Solar«, *Japan-Markt*, 20. Juni 2011, <http://www.japanmarkt.de/index.php/unternehmen/elektronik/managerlegende-setzt-auf-sonne/>. Vortrag (auf Japanisch) von Son, in der er die Realisierbarkeit einer Energiewende propagiert und betont, dass die Erzeugungskosten von Solarenergie nicht weit über denen von Atom-

Beim Thema »sichere Energieversorgung« dürfen nicht die vormals in der Nähe des Kernkraftwerks Fukushima I (Fukushima Daiichi) lebenden Menschen vergessen werden. Noch immer ist die Gegend im Umkreis von 20–30 Kilometern um Fukushima Daiichi nicht bewohnbar – und daran wird sich wohl auch auf absehbare Zeit nichts ändern. Etwas weiter entfernte Städte kämpfen mit radioaktiver Belastung der Umwelt und der wirtschaftlichen Erzeugnisse. Kindergärten und Schulen in der gesamten Präfektur Fukushima und in einigen Nachbarpräfekturen arbeiten weiterhin daran, verstrahlten Sand von Spiel- und Sportplätzen sowie aus den Schulen zu entfernen und Gebäude zu reinigen. Damit werden zwar die Kinder geschützt, es stellt sich aber die neue Frage, wohin die kontaminierte Ladung gebracht werden soll. Ähnliches gilt für den Schutt, den Erdbeben und Tsunami in Fukushima hinterlassen haben. Sicherheit wie auch »sichere Energieversorgung« haben für die Menschen in der Präfektur Fukushima eine ganz andere Bedeutung als für TEPCO-Manager.

Auch wirtschaftlich steht die Zukunft einer ganzen Region auf dem Spiel. Landwirtschaftliche Produkte aus Fukushima und den angrenzenden Präfekturen lassen sich schon seit März kaum verkaufen. Selbst unbelastete Produkte sind vom schlechten Ruf der Produkte aus der Region betroffen und werden von den Kunden gemieden. Die Gemüseproduktion im Nordosten Japans ist praktisch zum Erliegen gekommen, auch die Tee- und Reisernte 2011 wird wahrscheinlich ausfallen. Jüngst wurde radioaktiv belastetes Rindfleisch gefunden, das bereits in Läden in Tokyo und andernorts zum Verkauf stand. Die Rinder waren mit Stroh gefüttert worden, dass zeitweise in der Nähe von Fukushima gelagert worden war. Selbst in der 250 Kilometer von Fukushima entfernten Präfektur Shizuoka wurde radioaktiv belasteter Tee entdeckt – die berühmte Marke »Shizuoka-Tee« ist in Gefahr, ihre Kundschaft zu verlieren.

Die Lage bleibt kompliziert, aber eines ist sicher: Je mehr Produkte radioaktiv belastet sind, desto mehr werden sich Slogans als problematisch erweisen, die die Solidarität mit dem Nordosten fordern. Solche Forderungen erscheinen fast schon kriminell, vergegenwärtigt man sich, welche Folgen ein Aufruf zur Unterstützung des Nordos-

energie liegen – von Wind ganz abgesehen: <http://www.ustream.tv/recorded/14195781>.



tens durch Konsum der Produkte aus den Katastrophenregionen haben kann.

Atomkraftbefürworter manövrieren sich selbst ins Abseits

All diese Entwicklungen werfen ein neues Licht auf die Zukunft der Atomkraft in Japan. Die lauter werdenden Forderungen nach einem Ausstieg aus der Atomenergie werden nicht mehr so einfach zu ignorieren sein. Interessanterweise tun die Energieversorger, das Wirtschaftsministerium und die Atomlobby selbst ihr Übriges, um die Sache der Atomenergie weiter zu schwächen.

Atomlobby bedeutet in diesem Zusammenhang nicht nur Industrie und Versorger, sondern auch das, was in Japan als das »Atom-Dorf« bezeichnet wird – ein eng verknüpfter Block aus Politik, Bürokratie, Industrie (Hersteller und Betreiber von AKWs) und auch Wissenschaft, unterstützt von einer Reihe von Medienkonzernen, die von den riesigen Werbeetat der (monopolistischen) Stromerzeuger immens profitierten. Jahrzehntlang funktionierte die Kooperation dieser Akteure, allerdings kam es schon früher bei (kleineren) Reaktorzwischenfällen zu Kritik an der mangelnden Überwachung der Atomindustrie.

Das fehlende Krisenbewusstsein der Stromerzeuger wurde in einer nicht abreißenden Reihe von Skandalen und Zwischenfällen seit dem 11. März 2011 deutlich. Deren Ausmaß hat Zweifel am gesunden Menschenverstand in den Führungsetagen bei TEPCO und den anderen Versorgern aufkommen lassen. Offenbar gibt es bei TEPCO ein nur sehr schwach ausgeprägtes Bewusstsein dafür, in der Vergangenheit wesentliche Fragen vernachlässigt zu haben sowie, als Konsequenz aus der Katastrophe in Fukushima (und früheren Unfällen), in Zukunft Änderungen herbeiführen zu müssen. Am 28. Juni 2011 fand die jährliche Hauptversammlung der Aktionäre von TEPCO statt. Kommen normalerweise nur mehrere hundert Aktionäre, erschienen dieses Jahr 9300 Menschen, die unter anderem lautstark forderten, dass auch die Sicherheitsvorrichtungen auch anderer AKWs verbessert werden sollten. Alle Vorschläge wurden jedoch vom Versammlungsleiter ohne großes Aufheben abgelehnt. Erst nach der Ablehnung des dritten Antrags – praktisch ohne Zählung der Stimmen – hielt es der Vorsitzende für angebracht, auf Nachfrage bekanntzugeben, dass die Stimmen von zwei Großaktionären auf ihn übertragen

worden seien, und dass die Anwesenden mit ihren Stimmen den Vorstand nicht überstimmen könnten. Kein besonders seltener Vorgang bei Aktionärsversammlungen, aber angesichts der gegebenen Lage ein wenig vertrauensbildender Auftritt, der auch in den Medien entsprechend kommentiert wurde (*Asahi Shinbun*, 29.6.2011).

Noch mehr sorgten die PR-Aktivitäten der Energieversorger für Unmut. Alte Werbespots der Versorger wurden für Fernsehsendungen neu »evaluiert« und konnten – in der Retrospektive – nur mehr als Volksverdummung aufgefasst werden. Im Internet kursierte z.B. ein Werbespot des Erzeugers Kansai Denryoku (KEPCO) aus den 1990er Jahren, in dem ein kleiner Zeichentrickjunge namens Pluto den Zuschauern erklärt, warum Plutonium vollkommen ungefährlich für ihre Gesundheit sei. Pluto, auf dessen Helm das chemische Kürzel für Plutonium – Pn – steht, erzählt den Zuschauern, dass Plutonium – »selbst wenn irgendwelche Bösewichte es ins Wasser werfen« – sich nur schwer auflöse und daher keinen Schaden anrichte.¹³ Plutonium sei auch für Menschen nicht wirklich gefährlich, denn es sei so schwer, dass es selbst bei Aufnahme in den Körper mit einem Glas Wasser einfach wieder aus dem Körper ausgespült werde. »Plutonium würde nie etwas tun, was Menschen töten würde«, so Pluto. »Einige schlechte Menschen« – hiermit meint Pluto wohl Journalisten (siehe das Ende des Videos) – »sind aber so verantwortungslos, dass sie die Gefährlichkeit von Plutonium zu einem großen Problem aufblähen und mit ihren Lügen andere Leute erschrecken.« Das unglaubliche Maß an Verantwortungslosigkeit (oder Selbsttäuschung?) dieses Videos spiegelt sich auch in der Realität wider, wie sich nach dem Reaktorunglück in Fukushima zeigte. Als auf einer Pressekonferenz der prominente unabhängige Journalist Takashi Uesugi nach den Messwerten für Plutonium fragte, antworteten die Regierung und TEPCO-Vertreter, dass sie keine Plutonium-Messungen vornähmen und auch gar keine Detektoren für eine solche Messung hätten.¹⁴ Einen Tag später gab die Regierung bekannt, dass Plutonium in der Nähe des AKWs Fukushima I gefunden worden sei.

Der beschriebene TEPCO-Werbespot ist nur die Spitze eines Eisbergs. Das Budget von TEPCO für PR und Werbung betrug im Fiskaljahr 2010 etwa 11,6 Milliarden

13. Siehe einen Ausschnitt aus dem Werbespot auf YouTube: <http://www.youtube.com/watch?v=aRvVrYg- XBQ>.

14. <http://shingetsublog.jugem.jp/?eid=76>



Yen (ca. 100 Millionen Euro), wurde aber auf der oben erwähnten Aktionärsversammlung vom 28. Juni 2011 auf 20 Milliarden Yen für das laufende Jahr erhöht. Dabei werden immer mehr Fälle von offensichtlichem Missbrauch publik. So haben japanische Energieversorger z.B. Teilnehmer an wissenschaftlichen Konferenzen dafür bezahlt, in Diskussionen Fragen zu stellen, die die Diskussion in eine atomkraftfreundliche Richtung lenken sollten. Selbst nach dem Reaktorunfall in Fukushima wurden bei lokalen TV-Sendungen, in denen die Zukunft der Atomkraft diskutiert wurde, die Teilnehmer, die den »einfachen Bürger« vertreten sollten, offenbar von Energieerzeugern, aber auch vom Ministerium für Wirtschaft, ausgesucht und bezahlt, um sich auf die Seite der Befürworter der Atomkraft zu stellen. Umfragen unter den Zuschauern dieser Sendungen verdeutlichten eine scheinbar insgesamt positive Einstellung »der Bevölkerung« zur Atomkraft – allerdings nicht zuletzt aus dem Grunde, dass hochrangige Mitarbeiter von Versorgern und Behörden – inklusive der Atomaufsichtsbehörde (Nuclear and Industrial Safety Agency, kurz NISA oder, in Japan, Hoanin) – ihre Untergebenen angewiesen hatten, sich die Finger wund zu wählen, um das Ergebnis der Umfrage zu beeinflussen. Mit Erfolg.

Auslaufen lassen statt aussteigen

Kein Wunder also, dass derzeit abgesehen vom Wunsch nach einer geringeren Abhängigkeit von Atomkraft die Stärkung der Kontrolle über die Atomindustrie im Mittelpunkt der Diskussionen steht. Ein logischer Schritt, so scheint es, ist die Zerschlagung der oben genannten Aufsichtsbehörde NISA, da diese dem Wirtschaftsministerium untergeordnet und eher bestrebt ist, atomare Energie nach Kräften zu fördern – nicht aber zu regulieren. Aus diesem Grund kam es seit den 1990er Jahren regelmäßig zu Skandalen. Immer wieder gab es Störfälle, nur selten wurden diese detailliert untersucht oder gar Konsequenzen gezogen. Vielmehr habe sich an der Einstellung, Probleme möglichst zu verheimlichen, bis heute nichts geändert, so die Tageszeitung *Asahi* (*Asahi Shinbun*, 29.5.2011: 3). Ob eine neue, unabhängige Behörde dies ändern kann, muss abgewartet werden.

Ganz gleich wie die Kontrolle in Zukunft gestaltet werden wird, die Atomkraft in Japan wird in den nächsten Jahren phasenweise auslaufen, auch wenn das Wort »Ausstieg« weiterhin als Tabu behandelt werden sollte.

Zum einen scheint es sehr unwahrscheinlich, dass neue Reaktoren gebaut werden; zum anderen ist absehbar, dass die alten Reaktoren stufenweise abgestellt werden. Auf diese Weise kommt der Ausstieg ganz von selbst, auch ohne dass ein Politiker sich dazu bekennen muss. Werden keine neuen Reaktoren gebaut und die derzeit existierenden nach einer Laufzeit von 40 Jahren abgestellt, so wird die Erzeugung von Atomstrom bis zum Jahr 2021 um 20 Prozent, bis zum Jahr 2029 auf 50 Prozent des jetzigen Potenzials sinken, und im Jahr 2049 wird das letzte Atomkraftwerk in Japan abgeschaltet werden.

Japan befindet sich damit de facto auf dem Weg zum Ausstieg aus der Atomkraft. Aufgrund dieser unsicheren Zukunft wird kaum mehr jemand von »sicherer« Energieversorgung sprechen, wenn es um Atomkraft geht. Gerade die energiehungrige Metropole Tokyo kann sich auf Atomkraft als zuverlässige Energiequelle nicht mehr verlassen. Abgesehen von Fukushima liegen auch die meisten Reaktoren der Anlage Kashiwazaki in der Präfektur Niigata im Nordwesten Japans seit einem kleineren Erdbeben in der Region im Jahr 2004 still. Andere Kraftwerke, die an durch Erdbeben und Tsunami gefährdeten Stellen stehen, wie das Kraftwerk Hamaoka, sollen umfangreichen und jahrelangen Baumaßnahmen unterzogen werden, um ihre Sicherheit zu verbessern. Ob es ein Zurück zur Atomkraft gibt bis diese Baumaßnahmen abgeschlossen sind, ist höchst unwahrscheinlich.

In der Politik hat sich dieses Verständnis jedoch noch nicht ganz durchgesetzt. Die Kandidaten, die bis zum Rücktritt Kans als dessen Nachfolger gehandelt worden waren, d.h. faktisch alle wichtigen Personen in der DPJ, haben betont, dass ein Ausstieg aus der Atomenergie »schwer« sei. Auch in den Ländern, die einen Ausstieg beschlossen haben, hat nie jemand den Umbau der Energieversorgung als »einfach« bezeichnet. Yoshito Sengoku, einer der einflussreichsten Politiker im Hintergrund des Kabinetts Kan, hat Kans Äußerungen zum Atomausstieg als »nicht mehr als einen individuellen Wunsch« des Premiers bezeichnet und stellt die Realisierungsmöglichkeit sowie die Konsensfähigkeit eines Ausstiegs infrage. Kans Nachfolger Yoshihiko Noda hat vor Amtsantritt die Idee des Ausstiegs als Kans »ganz persönlichen Traum« titulierte, was Kommentatoren wenig optimistisch für die Zukunft stimmt. Die Forderung Kans nach einem Ausbau alternativer Energiequellen ignorierend, betonten verschiedene Minister und DPJ-Politiker (darunter der frühere Generalsekretär der DPJ, Katsuhiko Okada, so-



wie Minister Sumio Mabuchi) kontinuierlich die Gefahr, die der japanischen Wirtschaft drohe, wenn es zu Engpässen in der Energieversorgung komme. Am offensten äußerste sich noch der Minister für Politische Strategie des Kabinetts Kan, Koichiro Genba. Genba ist bezeichnenderweise mit 47 der jüngste unter den hier genannten Politikern. Auch die Tatsache, dass sein Wahlkreis in der Präfektur Fukushima liegt, beeinflusst zweifellos seine Einstellungen. Genba konzediert, dass für einen vollständigen Ausstieg eine umfassende Diskussion geführt werden muss, erklärt sich dabei allerdings als Vertreter der Idee einer »Reduzierung von Atomkraft« (*gen-genpatsu*). Gleichzeitig betonte er, dass die Meinung des damaligen Premierministers Kan lediglich eine von viele verschiedenen in dieser erst beginnenden Diskussion sei. Es ist zu befürchten, dass die Nachfolger von Kan aus wirtschaftlichen Gründen einen Ausstieg aus der Atomkraft noch nicht als offizielles Ziel anerkennen werden *können*. Sie und die Politiker der nächsten Generation werden sich allerdings damit abfinden *müssen*, dass es kaum möglich sein wird, neue Reaktoren zu bauen, und sich Japan damit de facto auf dem Weg in das post-nukleare Zeitalter befindet.

Der wohl traurigste Nebeneffekt dieser diversen Diskussionen um die Zukunft der Atomkraft ist: Das Schicksal der Katastrophenregion, die das Erdbeben und der Tsunami am schlimmsten verwüstet haben, ist in den Hintergrund getreten. Noch immer leben 80 000 Menschen in Notunterkünften, Dörfer am Meer liegen in Trümmern, landwirtschaftliche Nutzflächen sind von Salzwasser überflutet und auf unabsehbare Zeit nicht nutzbar. Die größte Herausforderung, an deren Bewältigung sich die neue Regierung unter Noda wird messen lassen müssen, ist es daher, alte Probleme zu lösen, parallel dazu die Energiepolitik umzugestalten, aber auch gleichzeitig den Aufbau im Nordosten zügig in die Wege zu leiten. Andernfalls ist auch geographisch die Vision der »Solidarität« langfristig kaum aufrechtzuerhalten.



Über den Autor

Sven Saaler ist Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tokyo und Professor für Moderne Japanische Geschichte an der Sophia-Universität. Er ist Autor von *Politics, Memory and Public Opinion. The History Textbook Debate and Japanese Society* (Iudicium 2005), Co-Autor von *Japanische Impressionen eines Kaiserlichen Gesandten. Karl von Eisendecker im Japan der Meiji-Zeit* (Iudicium 2007) sowie Mitherausgeber von *Pan-Asianism in Modern Japanese History. Colonialism, Regionalism and Borders* (Routledge, 2007), *The Power of Memory in Modern Japan* (Global Oriental, 2008) und *Pan-Asianism. A Documentary History* (Rowman & Littlefield, 2011).

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth,
Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
Email: ID-INFO-WENA@fes.de
www.fes.de/international/wil | www.fes-japan.org

Das FES-Büro in Tokyo, Japan

Japan ist für Deutschland ein wichtiger Partner in Asien. Die beiden Ländern sind wichtige Akteure auf der internationalen Bühne und sehen sich mit ähnlich gelagerten politischen, sozialen, wirtschaftlichen und Umwelt-Problemen konfrontiert.

Das Tokyoter Büro der FES fördert den japanisch-deutschen Dialog, engagiert sich für den multilateralen Dialog zwischen ostasiatischen, europäischen und nordamerikanischen Akteuren und trägt zum Ausbau japanisch-europäischer Netzwerke in Politik, Bürgergesellschaft und Wissenschaft bei. An den Aktivitäten des Tokyoter Büros der FES ist breites Spektrum von Vertretern aus Politik und Bürgergesellschaft beteiligt, wissenschaftlicher Austausch wird durch die Förderung von Symposien und Workshops angestrebt.

Die inhaltlichen Schwerpunkte unserer Arbeit sind Sicherheits- und Klima- bzw. Energiepolitik, erstrecken sich aber auch auf soziale Fragen wie den demographischen Wandel in Japan und Deutschland, den hohen Stand der Staatsverschuldung in den Industriestaaten sowie damit zusammenhängende wirtschaftliche Fragen wie die Entwicklungen auf dem japanischen Arbeitsmarkt sowie Fragen des Verbraucherschutzes. Weiterhin sind Debatten über die Aufarbeitung der Kriegsvorgänge sowie über Geschichtserziehung in Europa und Ostasien Teil unseres Projekts.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Deutsches Kulturzentrum
7-5-56 Akasaka, Minato-ku
J Tokyo, 107-0052
Japan
Tel: 0081-(0) 3-6277-7551
Fax: 0081-(0) 3-3588-6035
E-Mail: office@fes-japan.org
www.fes-japan.org

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Sichtweisen entsprechen nicht zwangsläufig denen der Friedrich-Ebert-Stiftung.